

Kiel, 22.11.2007

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 18: Entwurf eines Gesetzes zur Lehrerbildung (Drucksache 16/1700)

Jürgen Weber:

Lehrerbildung künftig an den Fachprofilen ausrichten

Das schleswig-holsteinische Schulsystem befindet sich in einer Phase der Umgestaltung, die noch einige Jahre im Gange sein wird. Mit der Etablierung von Regionalschule und Gemeinschaftsschule **entfallen die bisherigen Schulabschlüsse jedoch nicht**. Wegen der bundesweiten Anerkennung unserer Schulabschlüsse muss das erreichte Level weiterhin in Form des Hauptschul- oder Realschulabschlusses bzw. des Abiturs attestiert werden.

Da die laufende Umgestaltungsphase erst in der nächsten Wahlperiode abgeschlossen sein wird, haben sich CDU und SPD darauf verständigt, die Grundstrukturen der Lehrerausbildung in der 16. Legislaturperiode nicht zu verändern. Das wird so bleiben.

Aber es ist selbstverständlich, dass Veränderung in den Schulen ein Nachdenken über Veränderung von Lehrerausbildung notwendig macht. Die künftigen Lehrerinnen und Lehrer müssen in der Lage sein, stärker als bisher, **Kinder individuell zu fördern und schulisches Scheitern und Aussortieren zu vermeiden**.

In dem Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finden sich eine Reihe von Ansätzen, die wir für die richtige Richtung halten. Auf dem Weg der von den GRÜNEN eingeforderten Pädagogisierung der Lehramtsausbildung sind wir in den letzten Jahren bereits erhebliche Schritte vorangekommen. Das Bild des Hochschulabsolventen, der

erstmal im Referendariat freilaufende Schüler zu Gesicht bekommt und prüfen kann, ob er für den Lehrerberuf geeignet ist, gehört zunehmend der Vergangenheit an.

Aber wir müssen diesen Weg weitergehen. Es hilft nichts, das Versagen vieler Familien zu beklagen. Die Schule, und das heißt die **Lehrerinnen und Lehrer, müssen heute pädagogische Aufgaben übernehmen, die früher Sache des Elternhauses waren**. Darauf müssen sie vorbereitet werden.

Die von den GRÜNEN vorgeschlagene Phase eines Assistant Teachers, die sich in die konsekutiven Abschlüsse zwischen dem Bachelor und der Master-Phase einfügen soll, ist ein erwägenswerter Beitrag zu diesem Ziel. Auch die Diskussion über eine **stufenbezogene Lehrerausbildung** wird in unserem Land aus dem ideologischen Nebel an Licht geholt werden müssen. Die pädagogischen, didaktischen aber auch fachwissenschaftlichen Herausforderungen von Schule sind zunehmend auf Alters- und Schulstufen bezogen.

So nimmt es nicht Wunder, dass die Kultusministerkonferenz die von ihr erarbeiteten **Fachprofile für Kompetenzen**, über die Lehrkräfte zur Bewältigung ihrer Aufgaben verfügen müssen, unterscheidet nach Anforderungen für Lehrämter der Sekundarstufe I und Anforderungen der Sekundarstufe II. Für die Grundschulbildung liegt ein eigenständiges integratives Fachkonzept vor. Es liegt auf der Hand, die Lehrerausbildung zukünftig daran auszurichten.

Ich will noch auf einen Aspekt abheben, der leider oft ausgeblendet wird: die **Bildungsökonomie**. Die GRÜNEN knüpfen an die Forderung an, dass Erzieherinnen und Erzieher an Kindertagesstätten einen Bachelor in Elementarpädagogik erwerben sollen. Damit wird sich zwangsläufig eine Schere zwischen der berechtigten Einkommenserwartung der Absolventen und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen und der freien Träger der Kindertagesstätten aufbauen. Besonders dort, wo wir ein

Nebeneinander von ErzieherInnen mit und ohne Bachelor haben, besteht die Gefahr, dass sich die Träger für die akademisch geringer Qualifizierten entscheiden. Die höhere Qualifikation darf aber nicht zum Ausstieg aus dem Beruf werden.

Wir müssen auch deutlicher über die Berufsperspektiven der künftigen Lehrergenerationen reden. Die demnächst stark zurückgehenden Schülerzahlen werden zur Folge haben, dass sich die Zahl der Lehrerstellen verringert. Insbesondere dann, wenn der Mehrbedarf durch das Ausscheiden der älteren Lehrergeneration befriedigt ist, werden die Absolventen eines Lehramtsstudiums deutlich geringere Einstellungschancen haben. Wir müssen uns daher auch überlegen, welche **Alternativen außerhalb der Schule** diesen jungen Menschen geboten werden können, wie wir also den Konflikt zwischen Pädagogisierung und Polyvalenz der Lehrerausbildung lösen können.

Wir sollten über Ihren Gesetzentwurf im Bildungsausschuss sorgfältig debattieren, auch wenn er im Wesentlichen in der laufenden Legislaturperiode nicht zur Umsetzung ansteht.